

26. August 1963  
**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

XVIII/161

Bonn, den 26. August 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1	Im Dienste des Volkes Am Vorabend des 3. DEUTSCHLAND-TREFFENS der SPD	63
2	Blinder Eifer Bundesminister Barzel und die Labour-Party	31
3	Norwegen: Regierungseturz und was nun? Spalter wollen "Zünglein an der Waage" spielen. Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Basten	51
6	Hamburg stets voran Aus der rühmreichen Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung	156
<b>ANHANG</b>		
7	Staatssekretär Hartinger schickte Gegendarstellung	42

Chefredakteur Günter Markscheffel

Im Dienste des Volkes

Am Vorabend des 3. DEUTSCHLAND-TREFFENS der SPD

sp - Das 3. DEUTSCHLAND-TREFFEN der SPD in Hamburg, das in dieser Woche beginnt, und am Samstag seinen Höhepunkt mit dem Kongreß im Auditorium Maximum der Hamburger Universität und einer Kundgebung auf dem Rathausmarkt finden wird, ist r i c h t - wie es gelegentlich in Kommentaren angedeutet wurde - "eine Art Parteitag".

Die Parteitage der SPD finden alle zwei Jahre statt: der letzte war 1962 in Köln, der nächste wird 1964 in Karlsruhe stattfinden. Während auf den Parteitagen die in der Ortsvereinen gewählten Delegierten zusammenkommen, um hier rücksehauernd und zukunftsweisend die Politik der Partei zu beraten und zu gestalten, sowie den Vorstand in gemeinsamer Wahl wählen, sind die DEUTSCHLAND-TREFFEN der Sozialdemokratie mit ihren Sonderveranstaltungen - den Foren - ein großer Gedankenaustausch zwischen Sozialdemokraten und denen, die sich für die Politik der Sozialdemokratie interessieren.

Das 1. DEUTSCHLAND-TREFFEN war 1961 in Nürnberg. Es war ein gelungener Versuch, Menschen verschiedener politischer Auffassungen zusammenzuführen, sie mit den Problemen unserer Zeit zu konfrontieren und von ihnen zu hören, was sie von den politischen Parteien und besonders von der SPD erwarten.

Das 2. DEUTSCHLAND-TREFFEN im Herbst 1962 in Berlin stellte mehr noch als in Nürnberg die großen Gemeinschaftsaufgaben der Nation in den Vordergrund. Hier waren es vor allem parteipolitisch nicht gebundene Wissenschaftler, Frauen und Männer des öffentlichen Lebens, die in ihren jeweiligen Fachgebieten Referate hielten, Anregungen gaben und Themen zur Diskussion stellten. Vieles von dem, was in Nürnberg und Berlin in Form von Diskussionsbeiträgen zutage kam, fand seinen Niederschlag in den Forderungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion in der praktischen politischen Tagesarbeit. Viele dieser Forderungen sind inzwischen Allgemeingut geworden.

In Hamburg wird der beschrittene Weg fortgesetzt. Die Themen der einzelnen Foren lauten:

Gesundheit um jeden Preis  
Rathaus und Bürger  
Aufstieg durch Bildung  
Der Turn- und Sportverein heute  
Der moralische Anspruch an die Politik.

Es ist damit zu rechnen, daß bei den einzelnen Veranstaltungen zu denen sich bereits 2 - 3.000 Teilnehmer angemeldet haben, etwa die Hälfte nicht Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind. Auch die Redatoren, die die jeweiligen Diskussionen einleiten, sind nicht in jedem Falle Sozialdemokraten. Es wird sich also ergeben, daß die auf den Foren vertretenen Thesen durchaus nicht immer den von der Partei selbst erarbeiteten Standpunkten entsprechen.

Das ist aber nicht das entscheidende. Wichtig ist, daß ein großer Gedankenaustausch ermöglicht wird, daß man miteinander spricht und die vielfältigen Aspekte, Forderungen und möglichen Kritiken bei dem Versuch der Lösung der großen Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes miteinander konfrontiert werden.

26. August 1963

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat mit dieser Methode ihrer DEUTSCHLAND-TREFFEN als erste Partei das große Gespräch mit dem Westbürger und der Staatsbürger untereinander in der Bundesrepublik eingeführt. Wie groß das Interesse der deutschen Öffentlichkeit auch an dem Hamburger DEUTSCHLAND-TREFFEN der SPD ist, ergibt sich aus der beachtlichen Zahl von etwa 300 bereits angemeldeten Journalisten, die über Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen die deutsche Öffentlichkeit unterrichten werden. Auch fast alle Organisationen des kulturellen Lebens, der Wirtschaft, der Jugendverbände und des Sports haben sich mit offiziellen Vertretungen zu den Foren angemeldet.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erfüllt auch mit dem DEUTSCHLAND-TREFFEN das Versprechen, das Erich Ollenhauer und Willy Brandt 1960 auf dem SPD-Parteitag in Hannover gegeben haben: "Wir werden das große Gespräch mit unserem Volk führen, weil es eine der entscheidenden Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie ist."

- \* -

### Blinder Eifer

#### Bundesminister Barzel und die Labour-Party

sp - Die Eiferer der CDU/CSU, die in den letzten Tagen der SPD "Aufweichungstendenzen" vorwarfen, und als "Beweis" hierfür erwähnten, daß der Führer der Labour-Opposition, Harold Wilson, das DEUTSCHLAND-TREFFEN der SPD in Hamburg besuchen werde, scheinen die Mühe gescheut zu haben, ihre Archive genau zu studieren. Kein Geringerer als der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Dr. Rainer Barzel, hat nämlich der Labour-Party im Anschluß an seinen Besuch in England Anfang Juli dieses Jahres öffentlich bestätigt, daß zwischen ihm und dem ausserpolitischen Sprecher der Labour-Party, Gordon Walker, in der Deutschland- und Berlinfrage keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestünden.

Bundesminister Barzel erklärte am 13. Juli 1963 im "Deutschlandfunk" des Deutschlandfunks w ä r t l i e h :

- \* Ich kann nach meinen Gesprächen feststellen, daß es in der
- \* Berlinfrage überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten gibt
- \* zwischen den Verantwortlichen hier und drüben, auch nicht
- \* zwischen den Sprechern der Labour-Opposition. In der Beur-
- \* teilung der Deutschen Frage hatten wir, wie Sie wissen,
- \* einige Zweifel aufgrund einiger Reden von einigen Politikern
- \* der Labour-Party. Ich kann aber nach meinen Gesprächen, die
- \* ich hatte, auch mit Führern der Opposition, in besonderen
- \* mit Gordon Walker, dem ausserpolitischen Sprecher der Labour-
- \* Party, mit großer Freude feststellen, daß in all diesen Ge-
- \* sprächen niemand etwa mir geraten hätte, wir sollten uns mit
- \* der Spaltung Deutschlands abfinden, niemand auch nur gesagt
- \* hat, sie würden Übricht anerkennen oder das von uns erwar-
- \* ten, sondern in Gegenteil, es war sehr viel Verständnis für
- \* die deutsche Frage.

Auch im Südwestfunk und im Norddeutschen Rundfunk hat sich Bundesminister Dr. Rainer Barzel in ähnlichem Sinne geäußert.

- \* -

26. August 1963

### Norwegen: Regierungsturz und was nun ?

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastau

Nachdem die kleine "Sozialistische Volkspartei" Norwegens ihre Mann-Schlüsselposition im Parlament dazu benutzt hat, zusammen mit Parteien rechts von der Sozialdemokratie die sozialdemokratische Regierung zu Fall zu bringen, will sie nunmehr versuchen, eine neue Arbeiterpartei-Regierung nach ihren Vorstellungen an die Macht zu bringen. Das ist die politische Rolle, die den "Volkssozialisten" vorbehalten ist, und hier wird es sich bald zeigen, ob die SF (Socialistisk Folkparti) wirklich, wie sie hofft, innerhalb der Arbeiterpartei Koalition findet oder ob sie auf längere Sicht gesehen politisch isoliert bleibt.

Seit 1935 besaß die sozialdemokratische Partei Norwegens die absolute Mehrheit im Storting, bis sie bei den Wahlen im Herbst 1962 einen erheblichen Verlust erlitt. Mit 74 Sitzen gegen 74 der vier bürgerlichen Parteien und die zwei der "Volkssozialisten" mußte die Regierung Einar Gerhardsen mit gewissen Schwierigkeiten rechnen. Sie hat aber nicht damit gerechnet - und es ist in der politischen Geschichte Skandinaviens einzigartig - daß sie auf Grund eines Betriebsunglückes (die Grubenkatastrophe auf Svalbard im Jahre 1962) zum Rücktritt gezwungen werden würde. Nach die norwegischen Kommunisten haben, als sie noch im Parlament vertreten waren, niemals den Versuch unternommen, zu Gunsten der rechts von der Sozialdemokratie stehenden Parteien die sozialdemokratische Regierung zu stürzen. Das blieb den "Volkssozialisten" vorbehalten, die als "ideologische Ausbrecher" sich vor zwei Jahren von der sozialdemokratischen Mutterpartei abgespalten und dann mit rund 40 000 Stimmen zwei Sitze im Storting erringen konnten.

Wäre ein Regierungsturz in einem anderen skandinavischen Land geschehen, hätte die Regierung sofort Neuwahlen ausschreiben können. In Norwegen bestimmt aber die Verfassung, daß das Parlament nicht während der Legislaturperiode aufgelöst werden kann. Somit müssen die Norweger bis 1965 warten, bis sie Gelegenheit erhalten, ihr Urteil erneut abzugeben. Eine Stichprobe auf Landesebene werden die Kommunalwahlen sein, die überall in Norwegen Mitte September stattfinden. Hier wird sich wohl zeigen, wem der Regierungsturz geschadet und wem er genutzt hat. Im jeden Fall ist es völlig abwegig, zu glauben, daß die sozialdemokratische Partei in Norwegen plötzlich ihre geschichtliche Rolle als Regierungspartei ausgespielt hat.

Die Schwierigkeiten, der eine bürgerliche Koalitionsregierung gegenübersteht, sind sehr groß. Erstens besteht zwischen den vier Parteien - besonders zwischen der Rechtspartei und den Liberalen - tiefe Gegensätze, die es ihnen bisher unmöglich machten, sich über ein gemeinsames Programm zu einigen. Zweitens gibt es bei den Liberalen eine Gruppe, die ihre Hoffnung darauf setzt, eines Tages zusammen mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine Regierung zu bilden. Drittens haben die "Volkssozialisten" schon vor der Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen Gerhardsen erklärt, sie würden einer bürgerlichen Regierung sofort mit einem Mißtrauensantrag entgegentreten. Schließlich haben die Parteien rechts von der Sozialdemokratie die Regierung ohne eine gemeinsame politische Ideenrichtung gestürzt. Was die "Volkssozialisten" treibt, ist die Forderung nach einer linkssozialistischen Linie der sozialdemokratischen Partei und die Ablehnung der NATO-Politik. Damit würde die Arbeiterpartei das vertreten, was sie groß gemacht hat und wofür sich die Hälfte der Bevölkerung bekennt.

### Hamburg stets voran

Aus der ruhmreichen Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung

In der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung gebührt Hamburg und den Hamburgern ein ehrenvoller Platz. Für den idealistischen Schwang der deutschen Arbeiterbewegung war es auch in Hamburg kennzeichnend, daß die geistigen Fundamente der politischen Bewegung durch die Organisation der Arbeiterbildung geschaffen worden sind. Der Arbeiter wollte wissen, wer er war, er wollte nicht allein seinen Wissenshunger stillen. Er erkannte sehr früh, daß Wissen auch Macht bedeutet und daß diese Macht eine gute Waffe im Kampf gegen politische Entrechtung und wirtschaftliche Not war.

Ende 1862 bildete sich auch in Hamburg ein provisorisches Arbeiterkomitee, angeregt durch die Ergebnisse oder schlechthin durch die Tatsache des aus Leipzig ergangenen Rufes zur Beschickung eines "Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses". In Hamburg war Vahlbeich einer der eigenwilligsten Vorkämpfer.

Die Hamburger nahmen am 2. Mai 1863 die von Lassalle entworfenen Vereinsstatuten an. Die ersten Hamburger Delegierten für die Dachorganisation waren P e r i und A u d o r f. Harburg wurde durch F o r k vertreten. Alle drei wurden in den Gesamtvorstand gewählt.

Die erste Tat war die Gründung einer Unterstützungskasse für Arbeiter, die brotlos geworden waren, weil sie das Recht für sich in Anspruch genommen hatten, sich zu organisieren. Auch dieses Grundrecht freier Staatsbürger mußte erst erkämpft werden. Durch solidarisches Zusammenstehen wurden diejenigen Mitstreiter über Wasser gehalten die "wegen ihres Wirkens für den Arbeiterstand von den Arbeitgebern bedrückt" worden waren.

Im August 1863 waren in Hamburg 220 Arbeiter auf diese Weise organisiert und solidarisch geschützt. Ein Jahr später waren es in Hamburg 459, in Altona nur 10, in kleineren Harburg jedoch bereits 176, ein Verdienst der guten Organisation Werks. Seit 1875 haben die Hamburger Sozialdemokraten ihre eigene Tageszeitung, die damit heute zu den traditionsreichsten Presseorganen der Bundesrepublik zählt.

Nach Erlaß des Reichsgesetzes gegen die "gemeingefährlichen Bestrebungen" der Sozialdemokratie (Sozialistengesetz) vom 21. Oktober 1878 wurde trotz aller polizeilichen Verbote von Versammlungen und Druckerzeugnissen bei einer Nachwahl im zweiten Hamburger Wahlkreis im Jahr 1880 der Sozialdemokrat Hartmann mit großer Mehrheit in den Reichstag gewählt. Die Reichstagswahl vom 27. Oktober 1881 brachte im zweiten Wahlkreis in der Stichwahl zwischen dem Fortschrittler Richter und dem Sozialdemokraten Dietz einen Sieg des Sozialdemokraten. Sensationell war der Sieg August Bebel's, der 1867 bereits dem norddeutschen Reichstag angehört hatte, bei der Nachwahl im ersten Hamburger Wahlkreis 1882 mit 11.718 Stimmen in der Stichwahl gegen den Kandidaten von der vereinigten bürgerlichen Parteien, Rabe, der 11.608 Stimmen erhielt. Beide Wahlkreise hielten die Sozialdemokraten bei der Wahl 1883 mit großen Mehrheiten (gewählt wurden wieder Bebel und Dietz). Der Triumph war vollständig, als 1890 alle drei Hamburger Wahlkreise an die Sozialdemokraten fielen (Bebel, Dietz und Metzger).

Das Sozialistengesetz bewirkte auch in Hamburg das Gegen-  
teil der Absichten Bismarcks.

### Die ersten Gewerkschaften werden gegründet

Der Kampf der Hamburger Arbeiterbewegung verfolgte neben politi-  
schen Zielen in erster Linie umfassende soziale Ziele, ohne daß in je-  
dem Falle Einigkeit über deren Abgrenzung, über die Methoden des Kamp-  
es und über die Ansatzpunkte der politischen und gewerkschaftlichen  
Arbeit zu erreichen war. Das Bedürfnis zum Zusammenschluß wurde ganz  
allgemein empfunden. Aber was als erstes und wichtigstes zu tun war,  
darüber gingen die Auffassungen weit auseinander. Der Allgemeine deut-  
sche Arbeiterverein rang sich zunächst noch keineswegs zur Auffassung  
durch, daß der Streik ein taugliches Mittel sei, die Lage der Arbeiter-  
klasse durchgreifend zu verbessern. Eine Hamburger Generalversammlung  
des deutschen Arbeitervereins wies einen Antrag auf Einberufung eines  
deutschen Arbeiterkongresses zur Begründung allgemeiner Gewerkschaften  
nach stürmischen Auseinandersetzungen mit knapper Mehrheit ab. Als es  
ein Monat später in Berlin doch zu einem Kongreß der Arbeiter  
kam, gründete man zehn "Arbeiterschaften", weil man den Namen Gewerk-  
schaften als zu künstlich empfand.

In der organisatorischen Entwicklung erwies sich Hamburg als ein  
besonders fruchtbarer Boden gewerkschaftlicher Arbeit. York zeichnete  
sich durch die erfolgreiche Organisation der Holzarbeiter aus. Schall-  
meyer sammelte rasch 700 Hamburger Metallarbeiter um sich, Abrosius  
organisierte die Maler, Fraust die Schuhmacher, Vater die Maurer.

Auch die Zinzerer, die Schiffszimmerer und die Tabak- und Zigarren-  
arbeiter standen nicht zurück. Am 20. Mai 1869 konnte Fraust vor einer  
100-köpfigen Gewerkschaftsversammlung über Aufgaben und Ziele dieser  
Organisationsform der Arbeiterschaft referieren und drei Hauptgesichts-  
punkte präzisieren: Lohnsteigerung, Arbeitszeitverkürzung, Erweckung  
ines sozial-demokratischen Geistes. Damit bekannte er sich zur Durch-  
setzung sozialer Forderungen auch mit den Mitteln der Politik.

Im gleichen Jahr bestanden die Hamburger Gewerkschaften eine schwe-  
re Kraftprobe. Sie gewannen nach einigen kleineren Streiks eine sehr  
harte Schlacht, deren Ausgang nicht ohne Problematik war. Am 25. Juli  
1869 legten zunächst 500 Arbeiter der Latensteinschen Wagenfabrik in  
der Spaldingstraße die Arbeit nieder. Sie widersetzten sich damit dem  
Abbau ihrer Akkordlöhne. Eine Woche später trat die ganze Belegschaft  
(400 Mann) in den Streik. Schallmeyer war Vorsitzender des Streik-  
komitees. Zigarrenarbeiter und Schiffszimmerer unterstützten den Streik,  
die Hamburger Arbeiterschaft bewies in diesem Lohnkampf ihre Macht.  
Während die Arbeitgeberseite ihre Kräfte überschätzt und den Bogen ofter  
zu überspannt hatte, - Die Fabrik kapitulierte: Die Akkordsätze blie-  
ben erhalten, die Arbeitszeit wurde um eine Stunde verkürzt, der Direk-  
tor des Unternehmens entlassen. Der Produktionsausfall war so groß, daß  
das Unternehmen bald liquidierte. Aus diesem Ergebnis lernten auch die  
Unternehmer einiges: Sie änderten ihre Taktik, organisierten sich bes-  
ser, wurden härtere Gegner, aber sie erkannten auch, daß nicht seltener vor-  
zuziehendes Entgegenkommen, rechtzeitige Verhandlungen und Zugeständnisse  
billiger waren als das voreilige Nein, das später doch zum Kompromiß  
führt.

### Selbsthilfe durch Genossenschaften

Der Weg der Genossenschaften in Hamburg ist nicht minder eindrucks-  
voll als der der Gewerkschaften. Schon 1852 wurde eine "Gesellschaft zur  
Verteilung von Lebensbedürfnissen" gegründet. Lassalle war noch ein Geg-

der Konsumvereine gewesen, Er hielt sie für wenig geeignet, die Lage der Arbeiter zu verbessern, und forderte statt dessen Produktivgenossenschaften. Noch sah er nicht voraus, daß die Aufgaben dieser Produktivgenossenschaften gerade auf der wirtschaftlichen Grundlage gesunder und lebensstarker Konsumgenossenschaften erfüllt werden könnten. Die Wirklichkeit hat alle Zweifel hierüber längst beseitigt. So mußten die Vereinsbäckerei (AGBH "Brotkötter"), die Tabakarbeitergenossenschaft (Adolf von Elm) und die Maschinisten-Genossenschaft bitteres Lehrgeld bezahlen. Die Sozialdemokraten äußerten sich noch 1892 sehr zurückhaltend, wenn nicht ablehnend über die Idee der Konsumgenossenschaften. Doch nun gaben aus sehr konkreten Gründen die Hamburger Gewerkschaften den Ausschlag. Unter dem Eindruck der Revolution während des Hafenarbeiterstreiks im Winter 1896/97 eintrat, erließen diese Hamburger Gewerkschafter den Plan zur Gründung einer großen Konsumgenossenschaft in ihrer Stadt. Ihre Weitsicht und die Stärke der Organisation führte zu einem für ganz Deutschland bahnbrechenden und beispielgebenden Erfolg. Hier die Einzelheiten: Am 24. Januar 1898 erfolgte die konstituierende Generalversammlung des Konsum-, Bau- und Sparvereins "Produktion" AGBH: 700 Teilnehmer, 500 davon wurden Mitglieder. Provisorischer Vorstand: Heinrich Stühmer, Gustav Segnitz und A. Randé. Erster ständiger Vorstand: Reinhold Postelt, Ferdinand Wolff und Josef Biager. Ziel der "Produktion": den Konsum organisieren, die Eigenproduktion durch die Sparsparlagen der Mitglieder verwalten und Wohnungen für die Mitglieder bauen. Ein weiterer Vorschlag: Die Rückvergütung nicht bar auszahlen, sondern auf Notfonds gutschreiben. Die Eröffnung der ersten Geschäftsstelle geschah am 17. Juli 1898 am Große Neumarkt 17, im selben Jahr wurden weitere Filialen in Altona, Bernbeck, Bimsbüttel und Wandsbek eröffnet. Der Umsatz betrug im ersten Geschäftsjahr 163.487 Mark.

#### Kraftzentrum der Sozialdemokratie

So war die Hamburger Arbeiterbewegung in wenigen Jahrzehnten in die Breite und in die Tiefe gewachsen. Die Parteiorganisation der Sozialdemokraten war zu einer politischen Massenorganisation erstarkt. Die Gewerkschaften hatten sich, unabhängig von der SPD, gleichfalls zu einer sozialpolitischen Kampforganisation von großer Schlagkraft entwickelt. Die Genossenschaften machten Hamburg zu ihrem deutschen Vorort. Auch in Versicherungsfragen verbanden sich Genossenschaften und Gewerkschaften zu neuen gemeinsamen Unternehmungsformen, der "Alten Volksfürsorge". Gleichzeitig ließen die Bestrebungen der Arbeiterbewegung auf kulturellem Gebiet, die Arbeiterbildung, Volksbühne und Volksbüchereien so wirksam, daß sich ein ungewöhnlich vielschichtiges Zusammenspiel schöpferischer Kräfte ergab.

So schiedener alle Voraussetzungen einer organischen Ablösung verurteilt die Institutionen gegeben, als der letzte deutsche Kaiser 1914 die Welt zu einem sinnlosen Waffengang herausforderte, der das Ende der Monarchie bedeutete, die Demokratie aber in den Augen der Unpolitischen mit einer Katastrophe belastete, für die der neue Weimarer Staat heileibe nicht verantwortlich zu machen war. Die nichtsozialistischen Demokraten haben sich in Hamburg nur zum Teil und auch nur befristet zur Teilung der Verantwortung mit den Sozialdemokraten bereit gefunden. Hier machte Hamburg eine Ausnahme. Im Rathaus der Hansestadt regierten die Sozialdemokraten erst in kleiner Koalition mit den Deutschen Demokraten Carl Petersen, dann in großer Koalition mit Demokraten und Volkspartei; bis die verfassungstreuen Parteien die Minderheit gerieten und zum Schluß, vor der Machtergreifung Hitlers, noch ein widernatürliches Bündnis zwischen Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen überstürzt werden konnten. - Damals begann die Zeit der Finsternis und der Verfolgung, in der viele Hamburger Sozialdemokraten für ihre Gesinnung mit dem Opfer der Freiheit, mit ihrer Gesundheit und, wie Adolf Biedermann und Theo Hauback, mit ihrem Leben einzutreten mußten. Männer wie Otto Stolten, Rudolf Roß, Emil Krause, Adolph Schönfelder, Karl Meißmann, Herbert Ruscheweyh und viele andere haben in jener Zeit ein Vorbildliches geleistet. An ihr Werk knüpfen die Heutigen wieder an.

ANHANG

Staatssekretär Hartinger schickte Gegendarstellung

Der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Justiz, H a r t i n g e r, übermittelte uns unter Berufung auf den § 11 des Reichspressegesetzes zu dem in unserer Ausgabe vom 19. August 1963 veröffentlichten Artikel des Berliner Senators und Bundestagsabgeordneten Dr. Adolf A r n d t über die Wahl der Verfassungsrichter folgende Gegendarstellung:

"Sehr geehrte Herren !

Der Sozialdemokratische Pressedienst vom 19. 8. 1963 veröffentlicht einen Artikel des Berliner Senators und Bundestagsabgeordneten Dr. Arndt, der sich mit der Zahl und Wahl der Bundesverfassungsrichter befaßt. In diesem Artikel wird über mich persönlich behauptet, daß ich

1. bei der Vorbereitung der Neuwahl von Bundesverfassungsrichtern über den früheren Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. D r a h t falsche Angaben gemacht hätte;
2. daß ich in einem Münberger Korruptionsfall auf Betreiben des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauss versucht hätte, eine gerichtlich angeordnete Durchsichtung einer Parteigeschäftsstelle der CSU zu verhindern.

Zu diesen Behauptungen stelle ich fest:

1. Die Richterwahl und ihre Vorbereitung sind streng vertraulich. Zu den erhobenen Beschuldigungen könnte ich deshalb zur Stellung nehmen, wenn ich die Vorgänge um die Richterwahl offen darlegte. Hierzu fühle ich mich nicht berechtigt, weil ich mich an meine Schweigepflicht gebunden fühle. Ich bin jedoch jederzeit bereit, mit dem Gewährmann von Herrn Dr. Arndt mich auseinanderzusetzen, wenn er der Kommission zur Vorbereitung der Wahl von Bundesverfassungsrichtern durch den Bundesrat angehört.
2. Ich habe in Sachen der Durchsichtung der CSU-Geschäftsstelle in Nürnberg weder eine Weisung erteilt noch veranlaßt. Ich bin weder vor noch während der Durchsichtung von irgendjemand verständigt worden und konnte mich deshalb mit dem Justizminister nicht in Verbindung setzen. Ich konnte deshalb auch den Minister zu einer Weisung nicht veranlassen. Die Entscheidung des seinerzeitigen Staatsministers der Justiz, der nicht der CSU angehörte, wurde ohne mich getroffen. Auf meine frühere Erklärung zu diesem Vorgang, abgedruckt in der Sozialdemokratischen Pressekorrespondenz Nr. 301 vom 14. 11. 1962, nehme ich Bezug.

Ich bitte, vorstehende Erklärung als Gegendarstellung in Ihrer nächsten Ausgabe abzudrucken.

Hochachtungsvoll: I

Hartinger "